



Konsequent sozial für Brandenburg

Wandel auf breiter Front tut Not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken und auch nicht finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess von Veränderungen in Gang zu setzen und an den richtigen Stellen zu beginnen. Mit den 15 politischen Schlüsselvorhaben machen wir in unserem Wahlprogramm deutlich, womit wir den Wandel einleiten wollen. Sie werden für uns - in Opposition wie in Regierung - Maßstab sein. Es sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger reagieren. Mit ihnen soll das Positive in Brandenburg bewahrt, ausgebaut und für alle wirksam gemacht werden. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Diese Vorhaben gehören für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches, zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

Schlüsselvorhaben 07

Sozialticket für die ganze Region und für Einzelfahrten

In Brandenburg, einem Flächenland mit großen räumlichen Distanzen ist Mobilität für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung für ihr Leben. Sie ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Arbeit, an Versorgung mit öffentlichen Leistungen für Bildung, Kultur, Gesundheit und Freizeit. Mobilität ist Grundvoraussetzung und Basis einer wirklich demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft.

Mobilitätsleistungen müssen daher buchstäblich für Jede(n) zugänglich sein. Sie bestimmen erheblich über Lebensqualität und persönliche Freiheit. Wir nehmen daher eine Einschränkung von Mobilität aufgrund unzureichender Verkehrsangebote oder eines geringen Einkommens nicht hin. Denn sie schafft soziale Barrieren und mündet in Ausgrenzung.

Bezahlbare Mobilität für alle

Die Gewährleistung von Mobilität als Schlüssel zur Sicherung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe erfordert neben einer flächendeckenden öffentlichen Verkehrsinfrastruktur daher auch den Abbau von sozialen Barrieren, die durch ein ungerechtes Tarifsystem im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für einige Personengruppen nur schwer überwindbar sind. Soziale Ausgrenzung von Hartz IV-Empfängerinnen und Empfängern, u.a. auch so genannten „Aufstockern“, von geringfügig Verdienenden, und von Altersarmut und von Kinderarmut Betroffenen findet direkt über eine unsoziale Fahrpreisgestaltung für Busse und Bahnen statt. Beitragsfreie Schülerbeförderung ist im Land Brandenburg immer noch die Ausnahme und beschränkt sich meist auf die anteilige Finanzierung des direkten Schulverkehrs.

Wie soll eine Region, insbesondere im ländlichen Raum attraktiv für Jugendliche und die anwachsende ältere Generation lebenswert bleiben, wenn der Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge nicht in ausreichendem Maße gewährleistet wird? Wie soll ein Land attraktiver für naturnahe Erholung und Tourismus werden, wenn der Zugang mit dem ÖPNV erschwert bleibt und die Erreichbarkeit von Ausflugszielen vorrangig nur mit dem Auto gesichert werden kann?

Nachdem SPD und CDU seit Jahren immer wieder unsere parlamentarischen Initiativen für ermäßigte Tickets, insbesondere für ein Sozialticket verweigerten, hat DIE LINKE in einem breiten Bündnis mit Arbeitslosenverband, Volkssolidarität, Wohlfahrtsverbänden, DGB und ver.di-Gewerkschaft u. a. die Volksinitiative und das Volksbegehren „Für ein Sozialticket in Brandenburg“ auf den Weg gebracht. Mit Erfolg, denn dem großen Druck aus der Bevölkerung - immerhin 76 Prozent der Bevölkerung sprach sich nach Befragungen für ein Sozialticket aus - musste die Landesregierung nachgeben. Ab 01. September 2008 wurde ein „Mobilitätsticket“ eingeführt, das von ca. 350.000 Anspruchsberechtigten im Land genutzt werden kann.

Ein halbes Jahr nach Einführung des Mobilitätstickets musste die Landesregierung auf Nachfrage der LINKEN in einer ersten Bilanz eingestehen, dass bis zum Februar 2009 nur 30.364 Tickets verkauft wurden, dabei vorrangig in den kreisfreien Städten. Die Landesregierung setze aber große Hoffnungen in eine weitere Erhöhung der Nachfrage. Zudem sei Angebot und Nachfrage im ÖPNV des ländlichen Raumes generell geringer! Und genau diese Tatsache hat die Landesregierung zu beantworten, denn sie hat im ländlichen Raum Bahnlinien abbestellt und Angebote ausgedünnt, so dass dadurch ganze Regionen mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr erreichbar sind.

Das nahm die SPD - CDU - Koalition billigend in Kauf, klappt doch der Nahverkehr im Ballungsraum mit Berlin sehr gut. DIE Linke kritisiert diese Entwicklung und verweist auf den Verfassungsanspruch, wonach gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen des Landes zu sichern sind.

Klartext: Das Mobilitätsticket ist als Monatsabonnement im ländlichen Raum angesichts des dürftigen Angebotes viel zu teuer und es zementiert die Mobilitätsbarrieren. Die viel gepriesene „Metropolregion Berlin-Brandenburg“ offenbart sich im Alltag bei der Sicherung von Mobilität für finanziell Benachteiligte, insbesondere im ländlichen Raum leider nur als schöner Schein.

DIE LINKE ist sich daher mit ihren Aktionspartnern einig: Das Mobilitätsticket ist nur ein Anfang, das „Bündnis Mobilität“ wird um eine verbesserte Anwendung des Tickets weiter aktiv bleiben.

DIE LINKE will ein Sozialticket, das die Bezeichnung verdient und den Menschen wirklich nutzt!

Wir werden uns nicht auf die vom Infrastrukturminister versprochene Überprüfung des Mobilitätsticket ab Anfang 2010 verträsten lassen. DIE LINKE will sofort die Weiterführung des Sozialtickets (Mobilitätstickets) über das Jahr 2010 hinaus sichern und dessen entschieden sozial gerechtere Ausgestaltung unmittelbar nach den Landtagswahlen in die Hand nehmen.

Wir werden ein Sozialticket - vergleichbar dem Seniorenticket - auf den Weg bringen, das allen Beziehern von Arbeitslosengeld II und ähnlich niedrigen Einkommen die Nutzung des gesamten öffentlichen Regionalverkehrs im Raum Berlin-Brandenburg zum Preis von 45 Euro pro Monat ermöglicht. Die Finanzierung soll aus dem Verkehrshaushalt des Landes erfolgen. Zudem sollen mindestens 20 Euro von diesem Ticketpreis von der Agentur für Arbeit als zusätzliche Mobilitätspauschale zur beruflichen Neuorientierung getragen werden. Zu deutlich abgestuften Preisen soll das Ticket auch als Tagesfahrkarte v.a in Städten erhältlich sein.

Die Qualifizierung des Sozialtickets ist für DIE LINKE ein Schlüsselvorhaben im Wortsinn. Denn es geht uns darum, soziale Barrieren in diesem Land nieder zu reißen, um die zunehmende soziale, politische und kulturelle Ausgrenzung ganzer Menschengruppen zu beenden.

Falls Sie Fragen oder weitere Vorschläge haben, sprechen Sie uns an oder schreiben Sie an:
Wahlquartier im Potsdamer Hauptbahnhof, Telefon: 0331 - 550 66 09 oder E-Mail: wahlquartier@dielinke-brandenburg.de

www.brandenburg-waehlt-rot.de

Herausgeber: Landesverband DIE LINKE Brandenburg, 14469 Potsdam, Alleestraße 3